

BAHNLÄRM: Verkehrsministerium äußert Zweifel an der Wirksamkeit der geplanten Lärmschutzmaßnahmen / Grünstein und Kern unterstützen Initiative

Stadt und Land sehen die Bahn in der Pflicht

Das Ringen mit der Deutschen Bahn um einen geeigneten Lärmschutz in Hockenheim geht weiter, nun auch mit zusätzlicher Unterstützung durch die Landesregierung, geht aus einer gemeinsamen Pressemitteilung der Landtagsabgeordneten Manfred Kern (Grüne) und Rosa Grünstein (SPD) hervor.

Im Februar war auf gemeinsame Einladung des Oberbürgermeisters und der örtlichen Grünen-Fraktion der Vorsitzende des Verkehrsausschusses im Bundestag, Anton Hofreiter (Grüne), zu einem Vororttermin in Hockenheim. Ähnlich wie zwei Jahre zuvor sein Vorgänger, der heutige baden-württembergische Verkehrsminister Winfried Herrmann, fand Hofreiter durchaus kritische Worte zur Lärmsituation an der Schiene, aber auch zum Zustand des Bahnhofs an sich.

Anfrage an Landesregierung

Zur Unterstützung der örtlichen Bürgerinitiative gegen Schienenlärm und gestärkt durch den Rückenwind aus Berlin richteten daraufhin die beiden Wahlkreisabgeordneten von Grünen und SPD, Manfred Kern und Rosa Grünstein, zu den Fragen der Lärmgrenzwertüberschreitungen und der dagegen vorgesehenen Maßnahmen eine kleine Anfrage an die Landesregierung. "In der Antwort des Verkehrsministeriums wird deutlich, dass schon 1976 die Bahn gespart hat und nicht genügend für den Lärmschutz unter dem damaligen Verkehrsaufkommen getan hat. Seitdem ist die Lärmbelastung noch weiter gestiegen und wird voraussichtlich noch weiter ansteigen bis 2015", betonte Rosa Grünstein.

In dem Gutachten von 2007 wird festgestellt, dass die zulässigen Grenzwerte nicht eingehalten werden und es werden insgesamt 15 Varianten zur Verbesserung vorgeschlagen. Nach einem von der Bahn erstellten Gutachten von 2012, das die unterschiedlichen Varianten gegenüberstellt, hat die Bahn sich für die 7. Variante ausgesprochen und einen entsprechenden Antrag beim Eisenbahnbundesamt eingereicht. Diese Variante sieht vor, die Gleise zu erneuern damit sie als "Besonders überwachtetes Gleis (BüG)" klassifiziert werden können, aber die Schallschutzwände nicht anzuheben.

"Bahn ignoriert Bürgeranspruch"

"Das Verkehrsministerium macht deutlich, dass durch diese Maßnahme der Lärm von der Schiene zwar reduziert wird, die erlaubten Werte aber immer noch um 3 dB(A) beziehungsweise sogar bis zu 15 dB(A) nachts überschritten werden. Die Bahn ignoriert aus Kosteneffizienzgründen, dass die Bürger einen Anspruch auf passiven Schallschutz haben", so Manfred Kern. Die Hoffnungen ruhen nun auf der neuen Bundesregierung. "Das Land hat sich mehrfach gegenüber dem Bund dafür ausgesprochen, dass das Lärmsanierungsprogramm des Bundes und die Lärmaktionsplanung besser verzahnt werden", heißt es in der Antwort des Ministeriums. "Die neue Bundesregierung muss jetzt kreativ werden und nach neuen Ansätzen suchen, damit die Einwohner an Bahnstrecken und Autobahnen besser vom Umgebungslärm geschützt werden. Die geplanten Maßnahmen reichen hier nicht aus, das sollte das Eisenbahnbundesamt auch einsehen", so die beiden Abgeordneten.

© Hockenheimer Tageszeitung, Donnerstag, 10.10.2013